

Der US-Autor Anthony Gregory vergleicht die repressive Politik Barack Obamas mit den progressiven Versprechungen, die er vor seiner Wahl zum US-Präsidenten gemacht hat.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 105/13 – 31.07.13**

Der Krieg gegen den Terror ist ein Krieg gegen die Freiheit

Von Anthony Gregory

THE DAILY CALLER, 15.07.13

(<http://dailycaller.com/2013/07/15/the-war-on-terror-threatens-american-freedom/>)

Nach den Anschlägen am 11.09.2001 peitschte Präsident George W. Bush den Patriot Act (ein ganzes Bündel einschränkender Vorschriften, s. http://de.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act) durch den Kongress; außerdem verstärkte er die Überwachung der US-Bürger, weitete die Befugnis der Regierung zur Inhaftierung Verdächtigter aus und ergriff weitere drastische Maßnahmen, die das Gleichgewicht zwischen bürgerlicher Freiheit und Regierungsmacht einseitig zugunsten der Staatssicherheit verschoben.

Nach der schnellen Verabschiedung des Patriot Act erkannten viele Demokraten die wachsende Gefährdung der Bürgerrechte und begannen, Bedenken dagegen zu äußern. Nach fünfjähriger Obama-Präsidentschaft scheinen sich jetzt beide Parteien für diese Maßnahmen zu begeistern.

Als Präsidentschaftskandidat machte Barack Obama in den Jahren 2007 und 2008 noch selbst auf die Risiken aufmerksam, die langfristig entstehen, wenn die bürgerlichen Freiheiten dem Kampf gegen den Terrorismus geopfert werden. Er lehnte Militärgerichte und Verstöße gegen den Habeas Corpus Act (der bei Inhaftierungen eine richterliche Anordnung vorschreibt, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas_Corpus) als ernsthafte Bedrohungen für "die großen Traditionen unseres Rechtssystems und unserer Lebensweise" ab und schätzte den Patriot Act als "fragwürdig" und "gefährlich" ein.

Senator Obama übte scharfe Kritik an den Überwachungspraktiken des Präsidenten Bush, weil sie seiner damaligen Meinung nach gegen den Foreign Intelligence Surveillance Act (gegen das Gesetz zur geheimdienstlichen Überwachung im Ausland, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Foreign_Intelligence_Surveillance_Act) und gegen den 4. Zusatzartikel zur US-Verfassung, s. http://de.wikipedia.org/wiki/4._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten) verstießen. Er versprach, falls er gewählt werde, eine beispiellos transparente Regierung zu führen und "Whistleblowers" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Whistleblower>) zu schützen.

Die Handlungen des Präsidenten Obama stimmen aber nicht mit den Versprechungen des Senators Obama überein. In Wirklichkeit hat er alles noch viel schlimmer gemacht.

Im Januar 2010 hat er versprochen Guantánamo zu schließen, stattdessen hat er die Entlassung dort Inhaftierter verzögert und das Gefangenenlager beim Flugplatz Bagram in Afghanistan vergrößert.

2009 hat er verkündet, dass "Inhaftierte jetzt unbegrenzt eingesperrt werden können", auch solche, denen die US-Regierung keine Vergehen nachweisen kann. 2011 verlängerte er die Geltungsdauer des Patriot Act. Er verstärkte den Einsatz unbemannter Drohnen und lässt Terrorverdächtige ohne Gerichtsverhandlung umbringen.

Er hat auch die Überwachungsaktivitäten der National Security Agency / NSA ausgeweitet, und lässt den Telefon- und Internetverkehr anscheinend uneingeschränkt kontrollieren. Das ganze Ausmaß ist ungewiss, seit dem 11.09. wird aber eine "Totalüberwachung des gesamten Informationsaustauschs" angestrebt.

Die NSA spioniert aber nicht nur US-Bürger aus, sondern auch die Bewohner von Staaten, die mit den USA verbündet oder befreundet sind. Deutschland, wo Präsident Obama bisher sehr beliebt war, hat besonders laut protestiert, weil man dort die Gefahren kennt, die von einer totalen Überwachung ausgehen.

Die US-Regierung spioniert auch Reporter aus, und Justizminister Eric Holder hat sogar einen Haftbefehl gegen James Rosen, einen Korrespondenten von Fox News, ausgestellt, der nur seinen normalen Journalistenjob gemacht hat.

Der ehemalige NSA-Auftragnehmer Edward Snowden hat das umfassende Überwachungsprogramm dieses Geheimdienstes enthüllt. Obama will den "Whistleblower" aber nicht schützen, sondern einsperren.

Die Obama-Regierung wendet den Espionage Act (das Gesetz gegen Spionage, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Espionage_Act_of_1917) gegen "Whistleblowers" sogar viel häufiger an, als alle vorherigen US-Regierungen zusammengenommen. Um weitere Enthüllungen zu verhindern, hat das Weiße Haus die Bundesangestellten dazu aufgefordert, einander gegenseitig zu bespitzeln.

Unser demokratischer Präsident ist ein studierter Jurist, hat sich selbst immer progressiv gebärdet, handelt jetzt aber besonders repressiv. Vor zehn Jahren haben sich die Liberalen noch aufgeregt, weil eine republikanische Regierung die Lesegewohnheiten von Bibliotheksbesuchern überprüfen ließ. Die heutige flächendeckende Massenüberwachung scheint sie aber völlig kalt zu lassen.

Früher wollten die Demokraten Übergriffe der Exekutive abstellen. Heute denken sie laut darüber nach, ob die Regierung US-Journalisten wie Glenn Greenwald, der Kolumnen für die britische Zeitung *The Guardian* schreibt, nicht einsperren sollte, weil sie "Whistleblowers" beim Verbreiten ihrer Informationen helfen.

Der Präsident hat angekündigt, dass der "Krieg gegen den Terror" bald zu Ende ist. Es gebe aber neue Bedrohungen. Wenn der Krieg gegen den Terror endet, sollten auch die außergewöhnlichen Maßnahmen aufhören, die unsere persönlichen Freiheiten bedrohen.

Es wird oft behauptet, ausländische Terroristen würden die Vereinigten Staaten für ihre Freiheit hassen. Wenn diese schlichte Sichtweise zuträfe, müssten sich die Feinde der USA sehr über alles freuen, was die US-Regierung uns in den 12 Jahren seit dem 11.09. angetan hat.

Es geht nicht um ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit. Entschlossene Terroristen können Menschen immer das Leben nehmen. Unsere Freiheit können uns aber nur unsere Politiker nehmen – und das sogar mit unserem Einverständnis.

Anthony Gregory (s. <http://www.anthonygregory.com/>) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Independent Institute* (s. http://en.wikipedia.org/wiki/The_Independent_Institute) und Autor des Buches *"The Power of Habeas Corpus in America"* (Der Macht des Habeas Corpus Act in den USA).

(Wir haben den Artikel, der unsere Einschätzung aus dem Jahr 2008, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12100_010808.pdf nachzulesen ist, voll bestätigt, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The War on Terror is a war on American freedom

By Anthony Gregory

07/15/2013

In the aftermath of 9/11, President George W. Bush guided the Patriot Act through Congress, unilaterally expanded surveillance of Americans, amplified executive detention authority and took other dramatic measures that shifted the balance between liberty and government power significantly, in the name of national security.

After the initial Patriot Act was passed, many Democrats perceived the growing threat to civil liberties and started to have misgivings. Now, five years into the Obama presidency enthusiasm for these measures seems to be bipartisan.

As a presidential candidate, Barack Obama in 2007 and 2008 argued that sacrificing liberties in the name of anti-terrorism posed long-term risks. He condemned military commissions and violations of habeas corpus as serious threats to "the great traditions of our legal system and our way of life." He called the Patriot Act "shoddy" and "dangerous."

Senator Obama sharply criticized President Bush's surveillance policies as going beyond the boundaries of the Foreign Intelligence Surveillance Act and the Fourth Amendment. He vowed that if elected he would run an administration of unprecedented transparency and vigorously protect whistleblowers.

President Obama's deeds have not matched Senator Obama's words. Indeed, he has raised the stakes.

He promised to close Guantanamo by January 2010, but instead slowed down releases from Guantanamo and vastly expanded the prison camp at Bagram Airfield in Afghanistan.

In 2009, he announced a policy of "prolonged detention," ensuring indefinite imprisonment for detainees, including those against whom the U.S. government had no evidence of wrongdoing. In 2011, he signed the renewal of the Patriot Act. He has increased the role of unmanned drones and claims the authority to order a strike against any suspected terrorist: no trial necessary.

He also has expanded the surveillance operations of the National Security Agency (NSA), monitoring phone and internet traffic in a seemingly indiscriminate manner. The full extent is uncertain, but the goal is "total information awareness," an idea floated shortly after 9/11.

The agency spies not just on Americans, but on residents of U.S. allies and other friendly countries. Germany, where President Obama has enjoyed high popularity, has protested particularly loudly, knowing well the dangers of totalitarian surveillance powers.

The administration also has spied on reporters, and Attorney General Eric Holder signed an arrest warrant for Fox News correspondent James Rosen over normal journalistic behavior.

Former NSA contractor Edward Snowden exposed the agency's vast surveillance program. Instead of affording him whistleblower protections, the administration now wants to imprison him.

In fact, the current administration has used the Espionage Act against whistleblowers more than all previous administrations combined. And to prevent future whistle-blowing, the White House is encouraging federal employees to spy on one another.

Our Democratic law professor president, a self-described progressive, has created a perfect storm. Ten years ago, liberals screamed because the Republican administration took note of what patrons checked out at the library. Today, they seem much more complacent in the face of more intimate forms of mass surveillance.

Democrats once talked about prosecuting executive officials for wrongdoing. Today they muse about whether the government should jail journalists like Glenn Greenwald, U.S. columnist for the British newspaper, the Guardian, merely for providing a soapbox for whistleblowers.

The president has announced that the "war on terror" is all but over. We need a new approach to the threat. If the war on terror is being ended, the extraordinary measures that threaten our personal liberties also should be ended.

Some say that foreign terrorists hate the United States for its freedom. This seems oversimplified at best. But if it's true, America's enemies must love what U.S. leaders have done in the nearly 12 years since 9/11.

The question isn't about balancing freedom and security. Determined terrorists can always take lives. But only our politicians, with our acquiescence, can take our freedoms.

Anthony Gregory is research fellow at The Independent Institute and author of The Power of Habeas Corpus in America

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern